

Piratenpartei Niedersachsen
Kreisverband Stade
Postfach 1457

21604 Buxtehude



Stade, 28.09.17

Pressemitteilung der PIRATEN Kreisverband Stade zur aktuellen Diskussionen in Sachen Straßenausbaubeitragssatzung

Der Kreisverband der PIRATEN STADE hat sich im Jahre 2015 auf die Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzungen festgelegt. Mit dieser Aussage sind wir in den Kommunalwahlkampf 2016 gezogen und wir stehen fest und unerschütterlich zu unserem Wort. Wir freuen uns das sich FDP und UBLS angeschlossen haben.

Die SPD in Buxtehude hat sich als lernfähig erwiesen. Das nehmen wir mit großem Respekt zur Kenntnis. Gerade in Buxtehude haben wir sehr kontrovers diskutiert und sind jetzt mit den faktenbasierten Argumenten durchgedrungen.

Die SPD in Stade vertreten durch Herrn Holm, verharret in der Argumentationswelt, auf die unser Kaiser, unter dessen Herrschaft einst die Straßenausbaubeitragssatzungen eingeführt wurden, vor Stolz platzen würde, wäre er nicht schon lange von uns gegangen.

Die Geschichte der Straßenausbaubeiträgen ist eine von Mißverständnissen und Legenden. Machen wir daher einen Faktencheck:

Die Legende von der Notwendigkeit

Fakt 1: Straßenausbaubeiträge können erhoben werden, wenn die Finanzierung nicht anders möglich ist. Grundsätzlich sind Straßen Gemeinschaftseigentum und werden von allen genutzt und sind von allen zu finanzieren. Unter anderem für den Unterhalt der Straßen und deren Reparaturen wurde die Grundsteuer eingeführt. In Stade sind die Einnahmen aus der Grundsteuer um 1,5 Millionen Euro gestiegen. Also um den Betrag der durch die SABS 1017 erhoben werden soll. Somit besteht kein sachlicher Grund zur Erhebung der Beiträge mehr, da das Geld bereits vorhanden ist.

Die Legende von der Gerechtigkeit

Fakt 2: Straßen dienen der Wirtschaft ebenso wie den Anwohnern. Die Wirtschaft setzt dabei insbesondere LKW ein. Dabei verursacht ein 30 Tonnen schwerer LKW mit drei Achsen den 10.000 fachen Schaden an einer Straße wie ein PKW mit 2 Tonnen Gewicht. Im Landkreis Stade haben wir einen sehr regen LKW Verkehr (z.B. AOS). Nach geltendem Schadensersatzrecht hat der Verursacher eines Schaden diesen zu ersetzen. Diese Regelung wird im Bereich des LKW-Verkehrs auf kommunalen Straßen nicht angewendet und führt zu der bestehenden Ungerechtigkeit, das die Anwohner in Stade für von LKW verursachten Straßenschäden in die Haftung genommen werden.

Diese Ungerechtigkeit möchte die SPD weiter fortführen.

Piratenpartei Niedersachsen
Kreisverband Stade
Postfach 1457



21604 Buxtehude

Die Legende vom "armen und benachteiligten" Mieter

Fakt 3 : Der Mieterschutz wird von der SPD argumentativ angeführt. Auf der Podiumsdiskussion am 11.04.17 in Buxtehude war der Mieterschutzbund anwesend. Mit genau den Argumenten mit denen wir die falsche Behauptung, die Beitragserhebung sei mieterfreundlich, hat auch der Mieterschutzbund diese Falschaussage ad absurdum geführt. Jeder Vermieter der mit einer Beitragserhebung rechnen muß, wird eine Rücklage bilden müssen. Diese wiederum führt logischerweise dazu, das jede mögliche Mieterhöhung vorgenommen wird. Im Endeffekt steigt damit die Miete schneller und stärker als es sachlich notwendig wäre. Insbesondere hat der Mieter damit keine Transparenz mehr.

Die Abrechnung über die Grundsteuer B ist umlagefähig. Das ist ein transparenter Weg der vom Mieter nachvollzogen und kontrolliert werden kann. Da alle Mieter die Straßen, Rad- und Fußwege nutzen, ist diese Abrechnung sozial und gerecht.

Die Behauptung, das eine kontrollierbare Abrechnung von Nebenkosten im Gegensatz zu maximalen Mietpreisanhebungen zu Mietpreissteigerungen führen, ist nicht nachvollziehbar und somit den alternativen Fakten zuzurechnen.

Die Legende von hohen Beträge

Fakt 4 : Für eine Durchschnittliche Mietwohnung mit 3 Zimmern und 70 m² zahlt der Mieter z.Z.: ca. 160,00 Euro Grundsteuer im Jahr.

Die Stadt Stade hat auf Anfrage mitgeteilt, dass die Grundsteuer B um 9,45% erhöht werden müßte um den Ausfall der Beiträge aus der SABS auszugleichen. Wir runden auf 10% auf.

Damit würde der Mieteranteil um 16,00 € / Jahr steigen. Dieser Betrag ist sozial verträglich. Die Zahlen, die Herr Holm in die Welt setzt, lassen sich in der Realität des Durchschnittsmieters nicht bestätigen und stehen im Widerspruch zu den Aussagen der Stadt Stade, es sei denn ein Mieter müßte 1000.- Grundsteuer im Jahr zahlen).

Herr Holm hat also einen Zustand erreicht, der in der Neuzeit postfaktisch genannt wird.

Abschließend sei nochmals auf die Legende von der Notwendigkeit verwiesen:

Die Stadt Stade erzielt bereits durch das Mehraufkommen an Grundsteuer (eine Folge der Neubebauung) die notwendigen Mittel um den Straßenausbau zu finanzieren. Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ist somit sachlich nicht notwendig. Für eine sachlich nicht notwendige Erhebung bedarf es somit faktisch auch keiner alternativen Finanzierung, zumal die Stadt Stade nach eigener Auskunft durch die Abschaffung der Satzung des Grauens 65.000 Euro pro Jahr sofort einsparen kann.

Die Satzung kann ohne Nachteile für die Stadt sofort ersatzlos gestrichen werden.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'R. Klaus'.

Richard Klaus
Kreistagsabgeordneter
Kreisvorsitzender der PIRATEN STADE